



NEWSLETTER 02/2020

FORUM | MIGRATION

Gesellen und Facharbeiter (m/w)

in den Gewerken

- Heizungsbauer (m/w)
- Sanitärinstallateure (m/w)
- Elektriker (m/w)
- Maler (m/w)
- Maurer (m/w)

Ihre Zukunft: Ein attraktiver Arbeitsplatz in einer zukunftssicheren Branche, ein unbefristeter Vertrag, eine ganzjährige Vollzeitstelle in einem motivierten Team, ein Festgehalt mit pünktlicher und leistungsgerechter Lohnzahlung, hochwertige Arbeitsmittel und umfangreiche Weiterbildungsmöglichkeiten. Sie sich jetzt!

Die Zuwanderung erleichtern

Am 1. März tritt das Fachkräftezuwanderungsgesetz in Kraft. Doch mit einem Gesetz allein ist es nicht getan, wenn mehr Arbeitskräfte nach Deutschland kommen sollen. Bei einem Treffen im Dezember im Kanzleramt haben Bundesregierung, Länder, Wirtschaft und Gewerkschaften nach Wegen gesucht, das neue Gesetz schnell wirken zu lassen.

Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) etwa hat dafür eine schnellere Bearbeitung von Visaanträgen zugesagt. Das Auswärtige Amt werde „seine Kapazitäten bei der Bearbeitung erhöhen“, kündigte Maas an. Um das Verfahren zu beschleunigen, sollen die nötigen Unterlagen künftig digital übermittelt werden. Unternehmen sollen eingereisten Fachkräften auch bei Wohnungssuche, Behördengängen oder Qualifizierungsmaßnahmen zur Seite stehen. Die Bundesregierung hofft, dass ihr Informationsportal „Make it in Germany“ mit seiner Hotline und Jobbörse stärker genutzt wird und Unternehmen mehr Stellenangebote für ausländische Fachkräfte melden. Da ausländische Berufsabschlüsse nicht immer mit deutschen Abschlüssen vergleichbar sind, soll die Wirtschaft mit eigenen Bildungseinrichtungen

und mit Unterstützung in Betrieben bei der Qualifikation helfen. Die Auslandshandelskammern sollen sich stärker um die Gewinnung von Fachkräften bemühen, etwa mit Rekrutierungsreisen für kleine und mittelständische Unternehmen.

„Es ist gut, dass die Bundesregierung endlich die längst überfällige Strategie festlegen will, um Fachkräfte zu gewinnen“, sagt dazu das DGB Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Gleichzeitig gebe es im Inland ein Fachkräftepotenzial, das gehoben werden müsse. „Nötig ist nicht nur eine bessere Beteiligung von Frauen, Älteren und aktuell arbeitslosen Menschen am Erwerbsleben, sondern auch Ausbildung und Integration von Zuwanderern, die bereits bei uns sind.“ Bei der Anwerbung aus dem Ausland müssten Transparenz und hohe Standards ganz oben auf die Agenda des Gesetzgebers. Wenn sich die Menschen für die Vermittlungsgebühren dubioser privater Firmen erst einmal verschulden und dann jede Arbeit unter den schlechtesten Bedingungen annehmen müssen, um diese Schulden abzubezahlen, macht sich der Gesetzgeber mitverantwortlich für ausbeuterische Arbeitsverhältnisse.



Infoseite zum Fachkräftegipfel: <https://bit.ly/2ud4snU>

INHALT 02/2020


Die Zuwanderung erleichtern	1
Anerkennungs-News	2
Symbole, auf die es ankommt	2
Mehr Strafen gegen Transportunternehmen	3
Neue Fabrik: Tesla will in Polen anwerben	3
Wann bilden Betriebe Flüchtlinge aus?	3
News + Termine	4
Nicht aus der Vergangenheit gelernt – Kommentar von Martin Hyung – Autor und Kolumnist und Gründer des interkulturellen Vereins „Hockey is Diversity e.V.“	5



Anerkennungs-News

Pflege: Über- und unterfordernder Einstieg

Nach der Einreise ist es oft schwierig, zugewanderte Pflegekräfte schnell in den Betrieb zu integrieren. Das zeigt eine neue Analyse der Hans-Böckler-Stiftung. „Es gibt strukturelle Hindernisse für eine Integration der zunehmenden Zahl von Fachkräften, die aus dem Ausland oder als Quereinsteigende aus einem anderen Beruf in der Pflege tätig werden“, heißt es in dem Bericht. Eine zentrale Hürde sei: zu wenig Zeit, etwa zur Einarbeitung oder zum Spracherwerb. Auch die Erwartungen unterscheiden sich: In den meisten Ländern absolvieren Pflegefachkräfte ein Hochschulstudium, im Berufsalltag übernehmen sie zum Teil Tätigkeiten, die in Deutschland Ärzten vorbehalten sind, und sie kümmern sich auch stärker ums Pflegemanagement. Mit der so genannten „Grundpflege“, wie Waschen oder Hilfe beim Essen, haben sie dagegen weniger zu tun als in Deutschland ausgebildete Pflegefachkräfte. Folge könne sowohl ein „Einstieg als Überforderung“ als auch ein „Einstieg als Unterforderung“ sein. Dass mit dem „Deutschen Kompetenzzentrum für internationale Fachkräfte in den Gesundheits- und Pflegeberufen“ (DKF) kürzlich eine Stelle geschaffen wurde, die für eine Beschleunigung und einheitliche Standards sorgen soll, bewerten die Forscher_innen als Schritt in die richtige Richtung.

 „Vertane Chancen der Fachkräftebindung in der Pflege“.
 HBS Policy Brief Nr. 5; 12/19: <https://bit.ly/2R9qDEt>

Berlin: Neuer Anpassungslehrgang für Hebammen aus Nicht-EU-Ländern

Im Dezember begann für 19 Hebammen aus Nicht-EU-Staaten die erste Praxisphase eines Lehrgangs in Berliner und Brandenburger Geburtskliniken. Die Qualifizierungsmaßnahme baut auf den Vorkenntnissen auf, die die Teilnehmerinnen aus Ausbildung und Berufserfahrung in ihren Heimatländern mitbringen. Die Maßnahme sei ein „wichtiger Beitrag dazu, den Fachkräftemangel im Bereich der Geburtshilfe in Berliner und Brandenburger Krankenhäusern zu vermindern“, sagte Christoph Radbruch vom Deutschen Evangelischen Krankenhausverband (DEKV).

 <https://bit.ly/3avomLr>

„Nationaler Aktionsplan Integration“ vorgestellt

Mit Sprachangeboten und Aufklärungsarbeit in den Herkunftsländern will die Bundesregierung die Einwanderung ausländischer Fachkräfte vorantreiben. „Wir wollen bereits vor der Einwanderung die Weichen auf Integration stellen“, sagte die Integrationsbeauftragte des Bundes, Annette Widmann-Mauz (CDU). Der „Nationale Aktionsplan Integration“ besteht aus mehreren Abschnitten und soll sich mit Themen wie Erstintegration und Eingliederung befassen. An dem Projekt sind mehr als 300 Akteure aus Bund, Ländern, Kommunen, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft beteiligt, darunter 75 Migrant_innenorganisationen.


 Aktionsplan: <https://bit.ly/3aBAH0A>



Foto: © offenblen.de

Symbole, auf die es ankommt

Um den Ort zu beschreiben, an dem er arbeitet, hat Volker Wohlfahrth (im Foto rechts) eine Formel: „Über 90 plus eins, sage ich immer.“ „Über 90“, das ist die Zahl der Nationalitäten im Mercedes-Werk Untertürkheim. Volker Wohlfahrth ist hier Betriebsrat, zuständig für die Getriebefertigung. 700 Menschen arbeiten in seinem betreuten Bereich, 19.000 sind es im Werk insgesamt. Ein Abbild der Gesellschaft, sagt Wohlfahrth.

Es ist eine multikulturelle, auch migrantisch geprägte Gesellschaft. Aber es ist auch eine Gesellschaft, in der 10 Prozent in Baden-Württemberg rechts wählen. Das macht vor dem Betrieb nicht halt. Etwa in Form des so genannten „Zentrum Automobil“, einer AfD-nahen Betriebsratsliste, die sich als „alternative Gewerkschaft“ bezeichnet. Bei Daimler gehören elf von insgesamt 755 Betriebsräten der Gruppe an. Kürzlich warnte der Thüringer Verfassungsschutzpräsident Stephan Kramer vor ihnen: „Wir stellen fest, dass die Neue Rechte ganz gezielt versucht, nicht nur den politischen Raum, sondern auch den sozialen Raum zu erobern.“ Für den IG Metalller Wohlfahrth ist die Sache klar: „Die haben nichts zu suchen im Betrieb. Wir stehen zusammen – und wir sind viele“, sagt er. Auch Daimler-Vorstandschef Ola Källenius hatte die rechten Umtriebe kritisiert. „Daimler ist nicht nur ein Innovations- und Jobmotor, sondern auch ein Motor für Integration“, sagte Källenius im Juli.

Doch mit solchen Erklärungen allein ist es nicht getan. Sie mit Leben zu erfüllen, das ist die Aufgabe der Betriebsangehörigen insgesamt – und jene des Betriebsrates. „Wir schaffen hier alle miteinander.

Und als Betriebsrat kämpfe ich dafür, dass alle mit Respekt und Anerkennung behandelt werden“, sagt Wohlfahrth. Zum Beispiel mit der „Respekt! Kein Platz für Rassismus“-Aktion im September, die der Betriebsrat anstieß. Über 100 Fotos von Kolleg_innen mit einem „Respekt“-Schild wurden dabei im „Social Intranet“ des Werks gepostet. Ein „überraschend großer Erfolg“, sagt Wohlfahrth. Zeitgleich veröffentlichte der Betriebsrat in seinem „Brennpunkt“-Rundschreiben detaillierte Tips zum Umgang mit Rechten im Betrieb und in den sozialen Netzwerken. Oder während der Interkulturellen Woche, ebenfalls im September. Da änderte die Kantine auf Anregung des Betriebsrates den Speiseplan – an einem Tag gab es türkisches, an einem anderen griechisches, dann serbisches Essen. „Es sind kleine Gesten und Symbole, gewiss, aber auf genau diese komme es an“, sagt Wohlfahrth. Ein Weg, solche Themen im Betrieb zu etablieren, sind Seminare wie „Migrationsland Deutschland“, die die IG Metall Geschäftsstelle Stuttgart organisiert. „Das bieten wir unseren Vertrauensleuten an, und schauen, dass wir die dahin schicken“, sagt Wohlfahrth.

Für ihn ist das auch eine Frage der Tradition: „Ich bin in der dritten Generation bei Daimler und schon mein Opa war Gewerkschafter“, sagt er. „Wir haben in der Schule noch etwas mitgekriegt, was in unserer jüngeren Gesellschaft fehlt“, sagt er. „Was war in Auschwitz, in Dachau, in Treblinka?“ Es sei bisweilen erschreckend, wie wenig die jungen Leute davon wissen. Daran zu erinnern, „was in der Zeit des Nationalsozialismus passiert ist“, sieht er als eine Aufgabe der Gewerkschaften. Schließlich seien auch viele Gewerkschafter_innen verfolgt worden.



Mehr Strafen gegen Transportunternehmen

Die Zahl der Strafverfahren gegen Speditions-, Transport- und Logistikunternehmen ist in den letzten Jahren stark angestiegen: von 711 im Jahr 2011 auf 3.083 im Jahr 2018. Meist ging es dabei um Leiharbeit und die Umgehung des Mindestlohns. Das zeigt die Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion. Das Redaktionsnetzwerk Deutschland berichtete als Erstes darüber.

Die Logistikbranche ist geprägt durch Leiharbeit, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit und ein schwer zu durchschauendes Geflecht von Sub- und Subunternehmen. Betroffen sind vielfach Beschäftigte mit Migrationshintergrund und Ausländer_innen: Von den 1,023 Millionen Leiharbeiter_innen in Deutschland haben rund 34 Prozent keinen deutschen Pass. Besonders prekär ist die Beschäftigungssituation oft, wenn es sich um entsandte Beschäftigte aus osteuropäischen Staaten handelt. Sie arbeiten teilweise ohne Arbeitsvertrag, Kündi-

gungsschutz und Sozialversicherung. Häufig wird der Mindestlohn unterlaufen und das Arbeitszeitgesetz missachtet.

In den Monaten Januar bis Dezember 2019 lag die sogenannte „Beanstandungsquote“ bei 22,25 Prozent – bei fast jedem vierten der 4.423 geprüften Betriebe der Speditions-, Transport- und Logistikbranche stellte die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ des Zolls (FKS) Verstöße fest oder leitete ein Ermittlungsverfahren ein. Die FKS kontrolliert unter anderem die Einhaltung des Arbeitnehmerentendegesetzes. Die Zahl der Überprüfungen schwankte in den vergangenen Jahren zwischen rund 3.400 und 6.800.

Im Bau ist die Situation ähnlich: Nach Zahlen des Bundesfinanzministeriums hat die FKS auf dem Bau im ersten Halbjahr bei bundesweit rund 6.900 Kontrollen eine Schadenssumme von nahezu 214 Millionen Euro aufgedeckt. Der Vorsitzende der IG BAU, Robert Feiger, hat deshalb die Einrichtung von spe-

ziellen Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung gefordert. „Das Ausmaß der hinterzogenen Steuern und vorerhaltenen Sozialabgaben zeigt, wie wichtig regelmäßige Kontrollen sind“, sagte Feiger.

Gleichzeitig begrüßte Feiger den Schlichterspruch der jüngsten Mindestlohn-Tarifverhandlung: Auf dem Bau soll es demzufolge ab 2020 höhere Mindestlöhne geben. Demnach wird die Lohnuntergrenze für Hilfsarbeiten auf dem Bau („Mindestlohn 1“) bundesweit ab dem 1. April 2020 um 35 Cent auf 12,55 Euro pro Stunde angehoben. Ein zweiter Mindestlohn für Facharbeiten bleibt in den alten Bundesländern und in Berlin erhalten und steigt ebenfalls – und zwar um 20 Cent. Die neuen, gestiegenen Mindestlöhne sollen eine Laufzeit bis Ende 2020 haben. Davon würden mehr als 200.000 Bauarbeiter profitieren, auch unter ihnen viele Migrant_innen – in der Hoch- und Tiefbauwirtschaft lag die Quote ausländischer Beschäftigter zuletzt bei 26,4 Prozent.

Neue Fabrik: Tesla will in Polen anwerben

Der US-Elektroautobauer Tesla errichtet im brandenburgischen Grünheide nahe Berlin ein Werk, etwas großspurig „Gigafactory“ genannt. Dafür rekrutieren will Tesla wohl in Polen. Nicht allen in Brandenburg gefällt das.

Eine „verräterische“ Stellenanzeige habe Tesla geschaltet, berichtete die Welt am Sonntag. Für die Personalabteilung suchte Tesla damit „Recruitment Operations Coordinator“. Diese sollen dann weitere Mitarbeiter_innen anwerben. Und laut Stellenanzei-

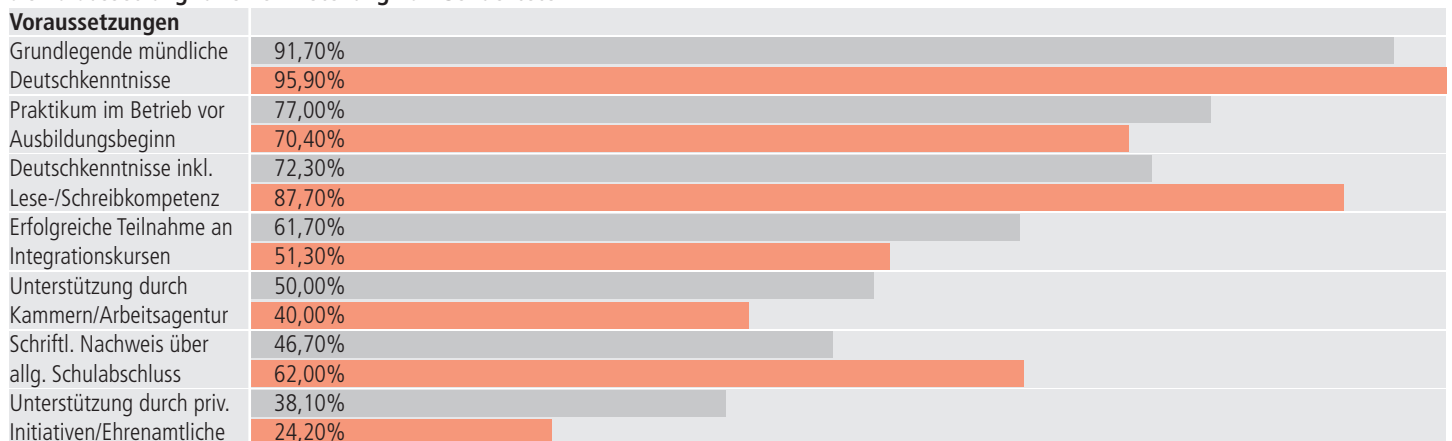
ge müssen die Kandidaten nicht nur fließend Deutsch und Englisch, sondern auch Polnisch sprechen. Der Landkreis Oder-Spree schätzt die Zahl der „von Tesla angezogenen“ Zuzügler auf 50.000 bis 100.000 Menschen. Am Samstag, dem 18. Januar, zogen gleich zwei Demonstrationen durch Grünheide, das nur 60 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt liegt: Eine von Tesla-Fans und eine von Tesla-Gegner_innen. Und diese kritisierten laut dem RBB dass Tesla vor habe, Menschen aus Polen in dem Werk anzustellen und sich außerdem nicht an Tarifverträge halten

wolle. Letztere Befürchtung scheint berechtigt: Auch Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) geht davon aus, dass Arbeitskräfte etwa aus Polen zur neuen Fabrik pendeln könnten – und räumt ein, dass Tesla zunächst wohl nicht mit einem Tarifvertrag für die Beschäftigten beginnen werde. „Aber mein Verständnis ist so, dass Tesla weiß, dass es sich mittelfristig darauf einstellen muss und sich entsprechend partnerschaftlich verhalten wird“, sagte der Wirtschaftsminister, der in Brandenburg auch für das Thema Arbeit zuständig ist, Reuters TV.

Wann bilden Betriebe Flüchtlinge aus?

Von befragten Betrieben genannte Voraussetzungen für die Ausbildung Geflüchteter in %

■ Betriebe mit Geflüchteten unter den Auszubildenden und ■ Betriebe ohne Geflüchtete unter den Auszubildenden nannten folgende Gründe als Voraussetzung für eine Einstellung von Geflüchteten:





News + Termine

Migrationsbericht:

Weniger Flüchtlinge, mehr Studierende

„Die humanitäre Zuwanderung ist in den letzten drei Jahren zurückgegangen, aber es kommen mehr Menschen nach Deutschland, um zu studieren und zu arbeiten“, heißt es im neuen Migrationsbericht, den die Bundesregierung im Januar vorgestellt hat. Rund 1,59 Millionen Menschen zogen 2018 nach Deutschland, fast ebenso viele wie im Vorjahr. 2016 waren noch 1,87 Millionen Menschen gekommen. 2018 verließen 1,19 Millionen Menschen die Bundesrepublik.

Insgesamt also lag 2018 die Zahl der nach Deutschland zugezogenen Menschen um 400.000 über jener der Abwandernden – ein im Vergleich der letzten Jahre niedriger Wanderungssaldo. Jeder Vierte (20,8 Millionen) in deutschen Privathaushalten hatte 2018 einen Migrationshintergrund, hat also entweder nicht von Geburt an die deutsche Staatsbürgerschaft oder mindestens ein Elternteil, bei dem dies der Fall ist.

 Migrationsbericht 2018 der Bundesregierung: <https://bit.ly/2ufUIJw>

Neues Staatsangehörigkeitsrecht ist 20 Jahre alt geworden

Eine „erhebliche Modernisierung“ nennt der Rechtswissenschaftler Thomas Groß die nun schon zwei Jahrzehnte zurückliegende Reform: Zum 1. Januar 2000 wurde neben dem bis dahin allein geltenden Abstammungsprinzip (ius sanguinis) das Geburtsortprinzip (ius soli) eingeführt. Seither können unter bestimmten Voraussetzungen auch in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Doch nach einem kurzen Anstieg ging die Zahl der Einbürgerungen bis 2007 zurück – und stagniert seither. „Eine wesentliche Hürde ist, dass viele Personen aus Nicht-EU-Staaten ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft aufgeben müssen“, sagt der am Osnabrücker IMIS-Institut forschende Groß.

 Statistik Einbürgerungen: <https://bit.ly/2NKHCj5>

Kritik an Gerichtsurteil: „Migration tötet“ von Meinungsfreiheit gedeckt

„Migration tötet“ lautete einer der Slogans der rechtsextremen NPD im Europawahlkampf im Mai 2019. Weil einige Gemeinden die entsprechend bedruckten Plakate abgehängt hatten, klagte die Partei – und bekam in zwei Fällen Recht. Ein Richter am VG Gießen nannte den Slogan eine „allenfalls reißerische Darstellung von Gescheh-

nissen“ in Deutschland. Das Landgericht Potsdam entschied, der NPD-Slogan „Stoppt die Invasion: Migration tötet! Widerstand jetzt“ sei von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Für den Rechts- und Politikwissenschaftler an den Universitäten Frankfurt am Main und Kassel, Maximilian Pichl, ist das Gießener Urteil ein „Skandal“. Der Richter übernehme in seiner Argumentation eine „völkische Deutung von Geschichte“, argumentiere aber weder unter juristischen Aspekten noch beachte er die Tatsache, dass Flüchtlinge und Migrierende Rechtspositionen haben, so Pichl. Das Bundesverfassungsgericht hat sich bisher nur im Rahmen eines Eilverfahrens vor der Europawahl mit den Plakaten beschäftigt und dabei den Antrag der NPD abgewiesen.

Wegen Migration:

„Leichte Sprache“ stärker verbreitet

Die ursprünglich für Menschen mit geistiger Behinderung konzipierte Leichte Sprache findet dank der Migration in Deutschland inzwischen vermehrt Anwendung. „Das weitet sich in sehr vielen Bereichen immer mehr aus und löst sich vom Behinderterbereich ab“, sagte Thorsten Lotze vom Netzwerk Leichte Sprache der DPA. Denn von Leichter Sprache profitierten auch Menschen, die gerade erst Deutsch lernen – neben denjenigen, die zwar gut Deutsch sprechen, aber nur schlecht lesen und schreiben können.

 LEO-Studie: <https://bit.ly/2tDew9E>
 www.dgb-mento.de

Leipzig: Schüsse auf das Büro des schwarzen MdB Karamba Diaby in Halle

Der Dachverband sächsischer Migrantenorganisationen e.V. (DSM) hat nach dem Angriff auf das Bürgerbüro des SPD-Bundestagsabgeordneten Karamba Diaby die Politik aufgefordert, rechte Gewalt mit allen Mitteln des Rechtsstaates zu bekämpfen. Diabys Mitarbeiter_innen hatten am Morgen des 15. Januar mehrere Einschusslöcher an einem Schaufenster festgestellt. Der Staatsschutz ermittelt.

Der DSM schrieb in einer Erklärung, der Angriff in Halle reihe sich ein in eine „immer länger werdende Liste von Verbrechen, die mit der Ermordung des CDU-Politikers Walter Lübcke und dem Anschlag in Halle vom 8. Oktober letztes Jahr ihre traurigen Höhepunkte erreichten“. Diaby und Charles M. Huber (CDU) waren 2013 die ersten afrodeutschen Mitglieder des Bundestages.

 Stellungnahme des DSM: <https://bit.ly/2THOCfU>

Termine

„Meister der Tarnung!“ Sensibler Umgang und Unterstützung von Kolleg_innen mit Schwierigkeiten im Lesen und Schreiben

17. bis 21. Februar 2020

Veranstaltungsort: IG BCE Wilhelm-Gefeller-Bildungszentrum Bad Münde

MENTO-Basisqualifizierung. Kollegiale_r Ansprechpartner_in für Grundbildung und Alphabetisierung werden Sachsen und Berlin-Brandenburg

27. bis 29. Februar 2020

Veranstaltungsort: ver.di Bundesverwaltung Berlin
Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

10. bis 12. März 2020

Veranstaltungsort: DGB Bildungswerk Thüringen e.V.

Baden-Württemberg und Bayern

19. bis 21. März 2020

Veranstaltungsort: Stuttgart

Nord: Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt

21. bis 23. April 2020

Veranstaltungsort: Bildungs- und Tagungszentrum HVHS Springe

24. bis 25. April 2020

Veranstaltungsort: Arbeit und Leben Hamburg

Arbeitskräfteanwerbung aus dem Ausland

18. März 2020

Veranstaltungsort: DGB Bildungswerk Düsseldorf

Seebrücken, Solidarity Cities, Zufluchtsorte und sichere Häfen

25. März 2020

Veranstaltungsort: Arbeit und Leben Hamburg

MENTO-Modul Beratung. Beratungsprozesse initiieren und gestalten

26. bis 28. März 2020

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

MENTO-Modul Lernen. Lernprozesse begleiten und verstehen

04. April 2020

Veranstaltungsort: ARBEIT UND LEBEN Sachsen

MENTO-Modul Netzwerkbildung. Kreativ und effektiv netzwerken

18. April 2020

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

25. April 2020

Veranstaltungsort: Stuttgart

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

<https://www.dgb-bildungswerk.de/migration/bildungsprogramm>



Nicht aus der Vergangenheit gelernt



© Foto: Felix Park / Piper Verlag

Gastkommentar von Martin Hyung zur Anwerbung von Pflegekräften. Hyung ist Autor und Kolumnist und Gründer des interkulturellen Vereins „Hockey is Diversity e.V.“ Er veröffentlichte u.a. den Band „Ohne Fleiß kein Reis. Wie ich ein guter Deutscher wurde“.

Schon wieder befindet sich Deutschland im Pflege-notstand. Als ich mit Gesundheitsminister Spahn in einer gesonderten Runde der „Konzertierten Aktion Pflege“ mit Verbandsvertretern und Vermittlungs-agenten saß, die über Anerkennungsverfahren, Entscheidungspraktiken, Finanzierung, Preise und Visaerteilungen diskutierten, ließ mich das Gefühl nicht los, als würden wir hier über Produkte vom Supermarkt reden, die wir nur einfach über einen Barcode-Scanner ziehen oder per Mausclick bestellen können. Da ich selbst das Produkt einer solchen Migration bin, konnte ich mir eine Bemerkung in die Runde nicht verkneifen: Nämlich, dass die Verzahnung zwischen Bund, Land und Kommune bei den damaligen Anwerbeabkommen von Pflege-fachkräften eigenartigerweise funktionierte – und heute nicht.

Denn schon ab 1965 warb die Bundesregierung Pflegepersonal aus den Philippinen an. Und seit 1966 haben deutsche Krankenhäuser zunächst auf privater Initiative koreanische Krankenschwestern angeworben. Die offizielle staatliche Anwerbung erfolgte einige Jahre später durch ein „Programm zur Beschäftigung qualifizierter koreanischer Krankenschwestern und Krankenpflegehelferinnen in deutschen Krankenhäusern“ vom 26. Juli 1971. Bis 1977 kamen ca. 11.000 südkoreanische Krankenschwestern. Eine davon war meine Mutter.

Sie zog, wie viele ihrer Landsfrauen, 1971 nach Deutschland, um hier als Krankenschwester zu arbeiten. Welche Lehren hat die Bundesrepublik aus

der Anwerbung dieser Epoche gezogen? Es scheint als hätte man diesen Teil der Geschichte vergessen. Und das verwundert mich nicht.

Wenn ich in Gesundheitsgremien und Kongressen auf die Interessenvertreter_innen und Entscheidungsträger_innen schaue, fällt mir eines sofort auf – sie sind sehr homogen, alt und weiß. So sehr, dass alle anderen auffallen: Als ich bei einem Gesundheitskongress den Raum betrat, fragte mich der Präsident des Arbeitgeberverbandes für Pflege, ob ich der Dolmetscher sei.

Der Präsident des Arbeitgeberverbandes brachte es auf den Punkt. Er sagte, dass die Wahrnehmung von uns asiatischen Migrant_innen als Führungskraft in der Branche noch weit entfernt ist. Ich musste zur Kenntnis nehmen, mit welcher Kurzsichtigkeit das Thema Pflegefachkräfte-Anwerbung seitens der Politik und der Verbände behandelt wird.

Mussten wir 42 Jahre abwarten, um mit einer aufwändig finanzierten Studie aus Bundesmitteln festzustellen, dass ein A2- oder B1-Sprachniveau und eine auf zwei Jahre verkürzte Ausbildungszeit nicht ausreichen, um in der Pflegewelt zu bestehen? 42 Jahre nach Anwerbung der südkoreanischen Pflegefachkräfte sind wir zu wenig vorbereitet auf das, was der demografische Wandel bedeutet. Und das kann nicht der Maßstab eines Einwanderungslandes sein.

Gesundheitsminister Jens Spahn reiste kürzlich in den Kosovo und nach Mexiko, um Pflegefachkräfte anzuwerben. Seine parlamentarische Staatssekretärin Sabine Weiß besuchte die Philippinen in gleicher Mission. Bei der Anwerbung hält sich die Bundesregierung an den Kodex der Weltgesundheitsorganisation. Der sieht vor, dass nur Pflegefachkräfte aus gelisteten Ländern angeworben werden, die über einen Überschuss an Fachkräften

verfügen. Eine anscheinend noble Geste, wie damals als die Anwerbung der Gastarbeiter als „technische Entwicklungshilfe“ galt.

Inzwischen sprießen Vermittlungsagenturen wie Pilze aus dem Boden. Der Markt für die internationale Arbeitsvermittlung ist übersichtlich geworden, die Qualität und Erfahrung der Anbieter höchst unterschiedlich. Es bedarf eines einheitlichen, rechtlich bindenden Instrumentes in Form eines Qualitätszertifikates mit Qualitätsindikatoren, die zur nachhaltigen Qualitätssteigerung der Pflege und Betreuung beitragen.

Doch im Augenblick erscheint die Anwerbepolitik eher wie ein großes Experiment – Flüchtlinge sollen in die Pflegeberufe integriert werden, so wie damals die Schlecker-Mitarbeiterinnen zu Erzieherinnen umgebildet werden sollten. Fakt ist: Deutschland ist für Fachkräfte nicht Zielland Nummer 1. Deutschland konkurriert mit anderen sehr attraktiven Ländern wie den USA, Kanada, Neuseeland und anderen um die Gunst der Pflegefachkräfte für ihre alternde Gesellschaft. 42 Jahre nach Anwerbung der südkoreanischen Krankenschwestern müssen wir als Einwanderungsland weiter sein.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

